

Dresden vor Finanzkrise: 240 Millionen Euro fehlen im Haushalt!

Dresden steht 2025 vor einer Finanzierungslücke von 240 Millionen Euro und plant Schulden für notwendige Infrastrukturprojekte.



Dresden, Deutschland - In der sächsischen Landeshauptstadt Dresden zeichnet sich eine besorgniserregende finanzielle Situation ab. Auf einen Blick: Für das Jahr 2025 wird eine Finanzierungslücke von rund 240 Millionen Euro prognostiziert, wie [n-tv.de](https://www.n-tv.de) berichtet. Das bedeutet, die Stadt muss schleunigst Maßnahmen ergreifen, um die finanzielle Leistungsfähigkeit zu gewährleisten und dem drohenden Defizit entgegenzuwirken.

Die Landesdirektion Sachsen (LDS) fordert ein umfassendes Haushaltsstrukturkonzept, um den Fehlbetrag zu vermeiden. Dies ist umso dringlicher, als dass der vom Stadtrat beschlossene Doppelhaushalt für 2025/2026 erstmalig genehmigungspflichtig ist. Genehmigte

Verpflichtungsermächtigungen, die für diese beiden Jahre gelten, betragen insgesamt 212,3 Millionen Euro. Der Etat selbst beläuft sich auf etwa 2,4 Milliarden Euro für 2025 und 2,5 Milliarden Euro für 2026. Mit einem Blick auf die geplanten Investitionsausgaben wird klar: Die Schwerpunkte liegen auf dem Schulhausbau, mit 255 Millionen Euro in 2025 und 360 Millionen Euro in 2026. Doch das Geld wird nicht einfach vorhanden sein, denn die vorhandenen Reserven sind fast aufgebraucht.

Erstmals wieder Schulden aufnehmen

Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) sieht sich gezwungen, erstmals seit 2006 wieder Schulden aufzunehmen. Dieser Schritt ist notwendig, um wichtige Infrastrukturprojekte zu finanzieren, während gleichzeitig finanzielle Hilfen von Bund und Freistaat ausbleiben, wie [tag24.de](https://www.tag24.de) erklärt. Im Fokus steht der geplante Kredit für den Zukunftsfonds Dresdner Norden 2030, der entscheidend für die zukünftige Entwicklung der Stadt sein soll.

Die Stadträte müssen dem Änderungsantrag zur Hauptsatzung zustimmen, damit ab 2027 jährlich 220 Millionen Euro in die Infrastruktur fließen können. Diese finanziellen Mittel sind vor allem für Projekte wie den Wiederaufbau der Carolabrücke und die Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 nach Wilschdorf gedacht. Auch sanierungsbedürftige Straßen, wie die Königsbrücker Straße ab 2026, stehen auf der Agenda. Besonders brisant ist die Situation, da der Haushaltsdruck seit dem Einsturz der Carolabrücke am 11. September 2024 zugenommen hat und keine Fördermittel in Sicht sind.

Die Herausforderungen der Haushaltsführung

Die Infrastrukturpolitik steht unter erheblichem Druck: Mehr als 60 % aller öffentlichen Investitionen werden auf kommunaler Ebene getätigt, was die Tragweite der aktuellen Situation

unterstreicht, wie bpb.de erläutert. Es ist nicht nur eine Frage der Finanzen, sondern auch der sozialen Integrationsfähigkeit der Stadt. Wachsende Städte stehen zunehmend vor der Herausforderung, veraltete Infrastrukturen mit steigenden Nutzerzahlen in Einklang zu bringen. Ein integrierter Ansatz in der Planung und ein gesamtstädtischer Gestaltungsanspruch sind essenziell.

Insgesamt wird es für die Stadt dicht: Es bleibt abzuwarten, ob es Dresden gelingt, die finanziellen Hürden rechtzeitig zu überwinden und notwendige Investitionen zu tätigen, um die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Eines ist jedoch klar: Die kommenden Monate werden zeigen, ob die Stadt das richtige Händchen bei der Haushaltsführung hat.

Details	
Ort	Dresden, Deutschland
Quellen	• www.n-tv.de • www.tag24.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net